

## **Presseerklärung des Kairos Palästina Solidaritätsnetzes in Deutschland zur Stellungnahme des Rates der EKD zu BDS**

„Der Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) angesichts der Debatte um die 'Boycott, Divestment and Sanctions'-Bewegung (BDS) vom 29.2.2020 muss widerprochen werden“, sagt die Erwiderng des Kairos Palästina Solidaritätsnetzes in Deutschland, die am 23.3.2019 an den Rat der EKD gesandt wurde. Gegen die 10 Punkte des Rates wird festgestellt:

1. Die propagierte Zweistaatenlösung wird vom Staat Israel und den USA durch Kolonisierung und Annexionen der besetzten palästinensischen Gebiete unmöglich gemacht. Die EKD hält sich weder an das Völkerrecht noch an die Menschenrechte, auf die sie sich beruft.

2. Der Rat wirft im Sinn der Propagandaoffensive der Regierung Netanyahu dem gewaltfreien Widerstand der BDS-Bewegung gegen die Besetzung weiterhin Antisemitismus vor, obwohl alle bisherigen Gerichtsbeschlüsse in Deutschland, 200 europäische JuristInnen, 240 israelische und jüdische WissenschaftlerInnen sowie fünf Sonderbeauftragte des Hohen Kommissars der UNO für Menschenrechte BDS durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt sehen. Damit verstößt die EKD gegen Art. 5 des Grundgesetzes und setzt Gandhi- mit NS-Methoden gleich.

3. Der Rat beruft sich auf „besondere historische Verantwortung Deutschlands“ für den Staat Israel, unterschlägt dabei aber, dass Deutschland auch indirekt für das Unrecht an den Palästinensern mitverantwortlich ist. Denn ohne das schlechte Gewissen des Westens wegen des historischen Antisemitismus und dessen Höhepunkt im Menschheitsverbrechen des Holocaust würde Israel wie alle anderen Staaten wegen seiner Völker- und Menschenrechtsverbrechen an den PalästinenserInnen sanktioniert werden. Dies zu erkennen, wäre „doppelte Solidarität“, auf die sich die EKD beruft, nicht aber das, was sie faktisch tut: Israel gegenüber anderen Staaten mit doppeltem Standard messen.

4. und 6. Die EKD benutzt weiterhin die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Sie ignoriert damit die wissenschaftlichen Nachweise, dass diese entwickelt wurde, um Kritik an den Rechtsverletzungen des Staates Israel als antisemitisch zu verleumden.

5. Der Rat beklagt zu Recht, dass die Auseinandersetzungen um das Thema Palästina-Israel immer vergifteter werden. Sie trägt aber selbst dazu bei, indem sie die gewaltfreie Position von BDS als antisemitisch verleumdet. Sie merkt nicht, wie sie sich damit durch die rechtsextreme israelische Regierung instrumentalisieren lässt, die 34 Millionen Euro jährlich für derartige Propaganda ausgibt.

7. Der Rat der EKD mahnt differenzierten, sachlichen und sensiblen Umgang mit dem Thema Palästina-Israel an, lässt aber jeden sachlichen und differenzierten Umgang mit dem Recht vermissen und erwähnt mit keinem mitfühlenden Wort die Leiden der PalästinenserInnen.

8. Der Rat ruft die Gemeinden zu konstruktivem Dialog mit allen Seiten auf, schließt aber eine Position von vornherein aus – die Position des Rechtes.

9. Die EKD weiß, dass die Mehrheit in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen auf der Seite des Rechts steht. Z.B. alle großen Kirchen in den USA, darunter die lutherischen, reformierten und unierten Partnerkirchen der EKD, unterstützen BDS. Ihnen gegenüber will sie ihren deutschen Sonderweg gegen BDS „*ins Gespräch bringen*“. Dabei bleibt sie die Antwort schuldig auf die Frage der Kirchen in Palästina, die lautet: "Welchen anderen Weg würden unsere deutschen Brüder und Schwestern von uns verlangen, um diese historische Ungerechtigkeit zu überwinden, die Entwurzelung unserer Bäume, die Beschlagnahmung unseres Landes, die Zwangsumsiedlung unseres Volkes, die Verleugnung unserer Menschenrechte, die willkürliche Tötung und die Verweigerung der Selbstbestimmung für die Palästinenser und ihr Recht, in Freiheit und Würde, frei von ausländischer Kontrolle und Besatzung zu leben..."?"

10. Projekte vor Ort ersetzen nicht politische und kirchliche Solidarität für Wahrheit und Recht.

Es bleibt zu hoffen, dass die EKD sich in der Palästina-Israel-Frage nicht wieder wie in den 1970/80er Jahren beim ökumenischen "Antirassismusprogramm" vom Völkerrecht und aus der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen verabschiedet.

*Vi.S.d.P. Gesine Janssen (gesine-anna.janssen@t-online.de)*